

## Alles unter dem Himmel

Die Spannungen zwischen China und den USA verschärfen sich auf bedrohliche Weise | Von Theo Sommer



Vor einem halben Jahrhundert flog der amerikanische Präsident Richard Nixon nach China und holte das Reich der Mitte aus der weltpolitischen Isolierung heraus. Als alter Mann, der so staunend wie besorgt den rasanten Aufstieg der Volksrepublik verfolgte, soll Nixon seinem früheren Redenschreiber William Safire anvertraut haben: „Wir haben da vielleicht ein Frankenstein-Monster geschaffen.“ Vorige Woche griff der US-Außenminister Mike Pompeo das Gleichnis auf. *And here we are*, sagte er in der Nixon-Bibliothek im kalifornischen Yorba Linda. Frei übersetzt: „Jetzt haben wir den Salat.“ In einer knapp halbstündigen Rede zeichnete er das schreckenerregende Bild eines chinesischen Frankenstein-Monsters, über das die freie Welt die Oberhand gewinnen müsse.

In jüngster Zeit haben sich die Spannungen zwischen China und den Vereinigten Staaten auf bedrohliche Weise verschärft. In Washington wie in Peking ist mittlerweile von einem zweiten Kalten Krieg die Rede; hier wie dort sprechen die Hardliner sogar von der Möglichkeit eines militärischen Konflikts. Die Thukydides-Fälle, so benannt nach dem Bericht des griechischen Historikers über den verheerenden Konflikt der seinerzeitigen Vormacht Sparta und dem Aufsteiger Athen, bleibt ein plausibles Szenario im amerikanisch-chinesischen Verhältnis: Die aufsteigende Macht und die bisherige Vormacht geraten unausweichlich miteinander in Konflikt.

An der der aktuellen Zuspitzung im chinesisch-amerikanischen Verhältnis tragen beide Seiten ein gerüttelt Maß an Schuld. Einem zur Hybris übersteigerten Nationalismus frönt der Herr des Weißen Hauses ebenso wie der Große Steuermann im Zhongnanhai. Doch ist es jetzt Donald Trump, der aus Wahlkampfalkül die Dinge auf die Spitze treibt.

Xi Jinpings „chinesischer Traum“, der Traum von „großartigen Wiederaufleben der chinesischen Nation“, war eine Herausforderung an die Supermacht Amerika. Ins „Zentrum der Weltbühne“, erklärte er auf dem 19. Parteitag, solle die Volksrepublik rücken. Zur mächtigsten Militärmacht will er sie machen, zur größten und führenden Wissenschaftsmacht, zur Innovationsgroßmacht, zur Infrastruktursupermacht, zur Weltkulturmacht, zur Weltfußballmacht und zum Anführer im Kampf gegen den Klimawandel. Eine „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“ will er aufbauen – was viele an den alten Begriff *Tianxia* erinnert, der den chinesischen Herrschaftsanspruch über „alles unter dem Himmel“ bezeichnete.

Xi ließ es nicht bei theoretischen Bekundungen bewenden. Seine Außenpolitik wurde ausgreifend, im Südchinesischen Meer offensiv und triumphalistisch in seinem Seidenstraßenprojekt. Sie weckte erst Skepsis, dann zunehmend Widerstand. Zumal seine Forderung nach „Respekt“ und „Harmonie“ nicht von ungefähr als Verlangen nach Unterwerfung unter Chinas politische Positionen begriffen wurde.

Die schrille Bullrigkeit von Pekings „Wolfskrieger“-Diplomaten, der Mangel an Entgegenkommen in den endlos sich hinziehenden Wirtschaftsverhandlungen, die Wührbarkeit der Einheitsfront-Influencer in aller Welt, Pekings Expansion im Südchinesischen Meer und seine Marinedemonstrationen gegen die japanischen Senkaku-Inseln, dazu die blutigen Scharmützel an der indisch-chinesischen Himalaya-Grenze, der wachsende Druck auf Taiwan, die Unterdrückung der Uiguren und die rücksichtslose Durchsetzung des neuen Nationalen Sicherheitsgesetzes, das Hongkongs Halbaautonomie drakonisch einschränkt – dies alles hat dazu geführt, dass die Volksrepublik Freunde verliert. Auch der Versuch, Chinas Bewältigung der Coronakrise nach sträflicher Verleugnung und Vertuschung als

einzigartig und dem Vorgehen aller anderen überlegen anzupreisen, hat Peking nur Kopfschütteln und Stirnrünzeln eingetragen.

Feindseligkeit gegenüber China bestimmte von Anfang an Trumps Präsidentschaft, dem es vor allem um Chinas riesigen Handelsüberschuss ging. Inzwischen ist sie zum parteiübergreifenden Konsens von Demokraten und Republikanern geworden, und es geht längst nicht mehr bloß um die Handelsstatistik. Schon die *National Security Strategy* vom Dezember 2017 nannte die Volksrepublik eine „revisionistische Macht“, die versuche, die USA aus der indo-pazifischen Region zu verdrängen; dort sei „ein geopolitischer Konkurrenzkampf zwischen freiheitlichen und unterdrückerischen Weltordnungsvorstellungen im Gange“. Aber bald schon trat in amtlichen Stellungnahmen der Ausdruck „strategische Gegnerschaft“ an die Stelle des Begriffs „Konkurrenz“. Unter Außenminister Pompeo ist daraus „Feindschaft“ geworden.

Er hält die Kommunistische Partei Chinas für die „zentrale Bedrohung unserer Zeit“. In Yorba Linda war seine Botschaft: „Wenn wir ein freiheitliches 21. Jahrhundert haben wollen und nicht das chinesische Jahrhundert, von dem Xi Jinping träumt, so geht dies nicht, wenn wir an dem alten Paradigma blinden Engagements festhalten. Die freie Welt muss über diese neue Tyrannei triumphieren.“ Zu diesem Ende müsse man Wandel in China bewirken, indem man das Volk gegen die marxistisch-leninistische Partei „engagiere und ermächtige“. Und der Außenminister eines Präsidenten, der ständig alle Alliierten drangsaliert, forderte eine „Allianz der Demokraten“. „Wenn wir jetzt das Knie beugen, werden unsere Kindesinder auf Gedeih und Verderb der KPC ausgeliefert sein, deren Handeln heute die schlimmste Herausforderung der Freien Welt ist.“

Es war eine surreale Tirade. Als ob die Kommunistische Partei eine Größe für sich sei, separat vom chinesischen Volk, das Pompeo aufwiegel will, separat auch von der Regierung. Als ob der *regime change*, zu dem er auffordert, dem chinesischen Nationalismus ein Ende setzen werde. Als ob die chinesische Staatsideologie tatsächlich mit dem Marxismus-Leninismus noch irgendetwas zu tun hätte. Schließlich: als ob Trumps unzuverlässiges, auf sich selbst eingekrümmtes Amerika „die ideale Führungskraft“ wäre.

Die Europäer haben ihre eigenen Probleme mit China. Aus der amerikanischen Anti-Frankenstein-Allianz sollten sie sich heraushalten. Sie brauchen eine eigene China-Politik. Diese muss entschieden Europas Interessen wahren, zugleich jedoch die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Klimawandel, bei der Überwindung der Corona-Seuche, beim Wiederankurbeln der Weltwirtschaft eruieren und effektuieren.

Da wäre es auf jeden Fall hilfreich, wenn China, das auf die Respektierung seiner eigenen Auffassungen pocht, die Gelassenheit aufbrächte, die Ansichten anderer zu ertragen; ferner, dass es unter Harmonie nicht nur Untertänigkeit oder Willfährigkeit versteht, sondern die Hinnahme von Differenzen und das Anstreben von Kompromissen.



**DR. THEO SOMMER**  
 war von 1973 bis 1992 Chefredakteur und anschließend gemeinsam mit Helmut Schmidt Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*. Seit 2004 ist er Herausgeber der weltweit erscheinenden englischsprachigen Zeitung aus Berlin *The German Times*.

## Jenseits des Weißwurstäquators

Kanzlerkandidat oder Kanzlermacher? Markus Söder und die Geschichte der K-Frage in der Union | Von Ursula Münch

Wie legt man sich scheinbar fest und lässt doch die wesentliche Frage offen? Diese Kunst sollte zwar jeder erfolgreiche Politiker beherrschen, aber der CSU-Vorsitzende ist (auch) darin ein Meister.

Gemeint ist nicht Markus Söders „Mein Platz“-Mantra, sondern seine im ZDF-Sommerinterview getroffene Aussage über die Rollenverteilung zwischen CDU und CSU bei der Einigung auf einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten. Der Hinweis Markus Söders, der CDU komme wegen ihrer Größe das „geborene Vorschlagsrecht“ zu, die CSU könne jedoch zu diesem Vorschlag „Nein sagen“, ist kein versöhnlich gemeintes Angebot zur Konfliktvermeidung, sondern lediglich eine Aussage über die protokolllarische Reihenfolge. In den meisten Wahljahren erfolgte die Festlegung der beiden Schwesterparteien in Einigkeit. Das hat weniger mit Harmoniestreben als mit der langen Amtszeit dreier CDU-Kanzler (Adenauer, Kohl, Merkel) zu tun. Drei-mal lief es jedoch anders: 1966 trat die CSU als Kanzlermacherin auf und verhalf dem CDU-Kandidaten Kurt Georg Kiesinger durch ihre klare Positionierung im Vorfeld zum entscheidenden Vorsprung: Er konnte sich bei der Abstimmung in der Bundestagsfraktion – wenn auch erst im dritten Wahlgang – gegen drei Mitbewerber aus der CDU (Bundesaußenminister Gerhard Schröder, Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel und zunächst auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier) durchsetzen. Der damalige kurzzeitige CDU-Vorsitzende und (Noch-)Bundeskanzler Ludwig Erhard spielte beim damit zusammenhängenden Streit um die Positionierung der bundesdeutschen Außenpolitik zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ keine Rolle.

deutschen CDU-Landesverbände und deren Wählerschaft in ausreichendem Maß zu mobilisieren. Daran änderte die „Wahlkampfbegleitung“ von Strauß durch angesehene norddeutsche CDU-Politiker wie Walther Leisler Kiep und Gerhard Stoltenberg nichts.

Vorbilder für den Kanzlerkandidaten-Aushandlungsprozess gibt es in der Geschichte der beiden Parteien also ausreichend. Fragt sich nur, ob eines der Szenarien zur derzeitigen Konstellation passt. Wie wegweisend die Vorentscheidung beim CDU-Parteitag am 4. Dezember auch aus Sicht der CSU sein wird, hängt von der Eindeutigkeit des Ergebnisses und der Lautstärke der Anhängerschaft eines womöglich knapp unterlegenen Kandidaten ab. Für den Fall, dass die CDU so ungeschickt sein sollte, bald nach der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Zweifel an dessen Eignung als erfolgreicher Kanzlerkandidat zu schüren, wird die CSU das von Söder reklamierte Vetorecht in Sachen Kanzlerkandidatur beanspruchen. Eine solche Konstellation kann, muss aber nicht in der eigenen Kandidatur des CSU-Vorsitzenden münden. Ort der Entscheidung wird erneut die Bundestagsfraktion sein, bestehend aus 200 Abgeordneten der CDU und 46 der CSU. Wer Argumente sammelt, warum Söder trotz seines Ehrgeizes und seiner Selbsteinschätzung sowie des berechtigten Stolzes über beeindruckende Umfrageergebnisse nicht als Kanzlerkandidat antreten wird, sei an die Prioritätensetzung der CSU („Bayern zuerst“) erinnert. Das zentrale Erfolgskriterium, an dem der CSU-Vorsitzende von seiner Partei gemessen wird, ist nicht sein Einsatz für die gesamte Bundesrepublik, sondern die nächste Landtagswahl in Bayern: Dort will die CSU wieder allein regieren.



Wo geht es hier nach Berlin? Die Kanzlerin und ihr Nachfolgekandidaten-Kandidat auf Schloss Herrenchiemsee Mitte Juli.

2002 nahm die CSU die andere – die außergewöhnliche – Rolle ein und stellte selbst den Kandidaten. Angela Merkels Verzicht auf eine eigene Kandidatur, der nur deshalb zum Ausgangspunkt eines beispiellosen Aufstiegs werden konnte, weil Edmund Stoiber (CSU) die Kanzlerschaft (knapp) verfehlte, fiel der damals neuen CDU-Vorsitzenden angesichts des Widerstands aus den Reihen der CDU leicht.

Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten wurde bislang tatsächlich nur einmal zum Streitfall zwischen CDU und CSU: 1979 hatte die CDU das Fehlen eines klaren Auswahlverfahrens genutzt, um ohne Absprache den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) als Kanzlerkandidaten der Union vorzuschlagen. Hintergrund für den Verzicht des Parteivorsitzenden Helmut Kohl war dessen Einschätzung, dass die Union weder die FDP zum Koalitionswechsel veranlassen noch eine eigene absolute Mandatsmehrheit würde erringen können. Der Unmut in der CSU über die Eigenmächtigkeit des ohnehin unbeliebten Kohls war so groß, dass die Partei die Nominierung ihres Vorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidat mit der (erneuten) Drohung verband, womöglich auch außerhalb Bayerns anzutreten. Dieses erpresserische Kalkül ging bei der Abstimmung in der Bundestagsfraktion im Juli 1979 zwar auf (135 gegen 102 Stimmen für Strauß). Es gelang dem Bayern aber nicht, die nord-

Die Unwägbarkeiten, die mit einem CSU-Bundeskanzler(kandidaten) verbunden sind, sowie die schwierige Nachfolgeregelung in Bayern sprechen dagegen, politischen Ehrgeiz im Kanzleramt auszuleben. Womöglich war das Interessanteste am ZDF-Sommerinterview nicht die Information über die Reihenfolge bei der schwererlichen Entscheidungsfindung, sondern eine nach 17 Minuten und 41 Sekunden beiläufig getroffene Feststellung Söders: „Ich bin kein Außenpolitiker.“ Auch diese Aussage spricht dafür, dass der Ministerpräsident sein „Mein Platz“-Mantra selbst erster zu nehmen scheint als die Öffentlichkeit. Die Entscheidung, das mediale Mutmaß über seine Kanzlereignung dennoch für sich und die CSU in Bayern zu nutzen, wäre dann als Ausdruck deren institutioneller und politischer Doppelrolle als autonomer Landespartei mit besonderem Bundescharakter zu lesen. Schließlich kommt die nächste Landtagswahl bestimmt: 2023.



**PROF. DR. URSULA MÜNCH**  
 ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und lehrt an der Universität der Bundeswehr München.

## AUF DEN ZWEITEN BLICK



**INGE KLOEPPER**

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

## Unbill

Die Fallzahlen steigen wieder. Das Robert Koch-Institut (RKI) warnt bereits vor einer zweiten Corona-Welle, und vielen Deutschen dümmert inzwischen, was sie lange nicht wahrhaben wollten: dass wir alle womöglich über Jahre unter Pandemie-Bedingungen leben müssen, sofern kein Impfstoff gefunden wird. Die Bundesregierung hat sich derweil auf eine Politik staatlicher Fürsorge verlegt, die mitunter bizarre Blüten treibt. Aus Angst davor, dass zurückkehrende Urlauber wissentlich oder unwissentlich infiziert nach Hause kommen, soll von Montag an eine allgemeine Rückkehrer-Testpflicht gelten, sofern ein auf der Risikoliste des RKI befindliches Land bereist wurde. Das allein wäre noch keinen zweiten Blick wert, hätte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nicht auch verfügt, dass fortan die Allgemeinheit die Kosten dafür trägt.

Warum eigentlich? Nur, weil der Test für Rückkehrer zur Pflicht wird? Oder um sich nicht den Unbill der Bürger zuzuziehen, die längst gewohnt sind, dass Folgekosten staatlicher Schutzanordnungen gemeinhin auch der Staat zu schultern habe?

Deutschland ist verfassungsrechtlich ein Sozial- und Fürsorgestaat, dessen gesellschaftliche Gruppen immer wieder aushandeln müssen, wo genau die Grenzen zwischen Kollektiv- und Individualverantwortung verlaufen. Privates Risikokalkül bleibt davon niemals unberührt.

Wer in Zeiten einer Pandemie auf eine Auslandsreise nicht verzichten will und sich an vollen Stränden, Strandpromenaden oder gar Bars vergnügt, geht – sehr bewusst – ein Risiko ein. Risiko ist nicht nur ein Adrenalin treibender Spaßverstärker, sondern ein veritabler Kostenfaktor, der gemeinhin in Form einer Prämie in jedem unternehmerischen und privaten Kalkül seinen Niederschlag findet. Es gibt keinen Grund, dass diese Minimalprämie in Form der Kosten eines verpflichtenden Covid-19-Tests im Fall von Auslandsreisen vom Staat übernommen wird. Man könnte schließlich auch in Deutschland Urlaub machen. Dass ausgerechnet Urlauber den mittleren zweistelligen Betrag nicht finanzieren können, ist auszuschließen. Den Urlaub haben sie sich schließlich auch geleistet.

Wer in Deutschland lebt, hat ein Grundrecht darauf, dass ihn der Staat vor Infektionsrisiken durch jene schützt, die bereit sind, sich solchen im Ausland auszusetzen. Der Staat kann das allein dadurch tun, dass er Urlauber dazu zwingt, das erhöhte Reiserisiko in ihr privates Kostenkalkül einzureisen. Urlauber würden merken, dass in Pandemie-Zeiten Fernweh teuer werden kann, und sich ihr Abenteuer vielleicht zweimal überlegen.